



Gesellschaft Schweiz - Armenien
Postfach 497
CH-3000 Bern 14

Medienmitteilung – Bern, 22. Februar 2006

Gefährliche Priorisierung der Schweiz im Südkaukasus

Mit ihrer aussenpolitischen Bevorzugung Aserbaidshans gefährdet die Schweiz die sich vorsichtig anbahnende Konfliktlösung um Berg-Karabach im Südkaukasus. Unvorsichtige Äusserungen aus dem EDA zu Friedhofschändungen gigantischen Ausmasses in der Region heizen die Problematik zusätzlich an. Die Gesellschaft Schweiz-Armenien warnt vor einer Verschärfung des Konfliktes.

Die Gesellschaft Schweiz-Armenien (GSA) begrüsst es, dass sich Bundesrätin Micheline Calmy-Rey für die Konfliktlösung im Südkaukasus einsetzt, wie sie das in einem Brief an die GSA anfangs Januar versprochen hat. Umso befremdeter ist die GSA, dass der offizielle Arbeitsbesuch Calmy-Reys vom 22. bis 24. Februar 2006 ausschliesslich nach Aserbaidshan führt und gemäss Programm keine sicherheitspolitischen und völkerrechtlichen Themen angesprochen werden sollen. Erst kurz vor Abreise Calmy-Reys verlautete aus dem EDA (Lars Knuchel im Tages-Anzeiger vom 22. Februar 2006), auch der Konflikt um Berg-Karabach würde thematisiert; dies aber in einem deplatzierten Zusammenhang mit der Zerstörung der mittelalterlichen Grabstätte Dschulfa in der aserischen Autonomen Republik Nachitschewan.

Dass diese Friedhof-Schändung von gigantischem Ausmass gemäss EDA auf einen «ungelösten Konflikt» zurückzuführen ist, weist die GSA mit Entsetzen zurück. Diese Betrachtungsweise ist vor dem Hintergrund der Zerstörung der Fels-Buddhas im Bamyantal (Afghanistan) durch die Taliban verheerend. Die aus dem 9. Jahrhundert stammende Grabstätte von Dschulfa, eine historisch äusserst wertvolle Nekropole mit ursprünglich über 10'000 Steinkreuzen, ist Mitte Dezember 2005 von aserischen Armeeeinheiten systematisch und irreversibel zerstört worden. Der Europarat hat Aserbaidshan wegen dieser Zerstörung des Dschulfa-Komplexes am 16. Februar 2006 entschieden verurteilt.

Mit dem Exklusivbesuch der Schweizer Aussenministerin wird dem Südkaukasus eine Bevorzugung Aserbaidshans demonstriert, die der Konfliktbewältigung in dieser Region abträglich ist. Die Verhandlungen um den Berg-Karabach-Konflikt befinden sich zurzeit in einer sehr heiklen Phase. Nach den Gesprächen zwischen den beiden Präsidenten Ilham Alijev (Aserbaidshan) und Robert Kotscharian (Armenien) in Rambouillet vom 10./11. Februar 2006 ist noch keine Lösung am Horizont erkennbar. Daher ist es gefährlich, unbalancierte Aktivitäten im Südkaukasus zu entfalten, weil sie destabilisierend und verunsichernd wirken und in der Region die militärische Konfliktaustragung wieder aufleben zu lassen drohen. Die Entscheidung der Schweiz, Aserbaidshan als Referenz im Südkaukasus zu bezeichnen (EDA vom 21. Februar 2006), bekommt eine Bedeutung, die die ökonomische Beziehung Schweiz-Aserbaidshan weit übersteigt, weshalb sie seitens der GSA als äusserst inopportun betrachtet wird. Denn dadurch riskiert die Schweiz, ihre Neutralität in der politischen Regelung des Konflikts im Südkaukasus zu verlieren.

Auskünfte: Sarkis Shahinian, Co-Präsident GSA, 076 399 16 25